

II Die bayerische SPD während der Weimarer Republik

Der Freistaat Bayern entsteht

Kurt Eisner übernimmt die Regierung

Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte und der „Provisorische Nationalrat“

Räte oder Nationalversammlung?
Die Wahlen vom 12. Januar 1919

Erfolg für die politische Gleichstellung der Frauen

Die Ermordung Kurt Eisners und ihre Folgen

Die Räterepublik und das „Bamberger Exil“

Die staatsrechtliche Neuordnung

Rückkehr der bayerischen SPD in die Opposition

Die Auswüchse der „Ordnungszelle Bayern“

Kampf gegen den aufkeimenden Nationalsozialismus

Der Untersuchungsausschuss zum Hitlerputsch

August 1930: Die BVP verweigert ein Bündnis mit der SPD

Fazit: das Dilemma der bayerischen Sozialdemokratie

Weimarer
Republik
Die bayerische SPD

Dein Stimm

35

Vereinigte Sozialdemokratische Partei-Deutschland



Auer
Simon
Pfüllf
Unterleitner



Der Freistaat Bayern entsteht

Revolution trotz
versprochener
Verfassungsreformen

Die Revolution des Jahres 1918 kam für die meisten Untertanen der bayerischen Krone überraschend. Die Verfassungsreformen standen unmittelbar vor ihrem Abschluss und hatten einen friedlichen Übergang zur parlamentarischen Monarchie versprochen (siehe Kapitel 1). Die Landtags-SPD war daran beteiligt gewesen und sollte auch in der neuen bayerischen Regierung vertreten sein. Revolutionäre Unruhe war allenfalls in der Landeshauptstadt zu spüren gewesen, wo Kurt Eisner nach seiner Haftentlassung den mit dem Januarstreik 1918 begonnenen Kampf zur Been-

digung des Krieges und zur Beseitigung des seiner Ansicht nach dafür verantwortlichen Herrschaftssystems wieder aufgenommen hatte.

Die bayerische USPD (Unabhängige Sozialdemokraten) war zu diesem Zeitpunkt jedoch nicht mehr als ein kleines Häuflein von Sektierern, deren Durchsetzungschancen allgemein als äußerst gering galten. Dennoch gelang es Eisner und den Unabhängigen am 7. November 1918, die gemeinsame Friedensdemonstration von MSPD (Mehrheitssozialdemokraten),

Der Umsturz begann
auf der Münchner
Theresienwiese



Eine neue Zeit bricht an: Die sozialistischen Parteien Münchens haben am 7. November 1918 zur Friedenskundgebung aufgerufen.

Proklamation.

Volksgenossen!

Um nach jahrelanger Vernichtung aufzubauen, hat das Volk die Macht der Zivil- und Militärbehörden gestürzt und die Regierung selbst in die Hand genommen. Die Bayerische Republik wird hierdurch proklamiert. Die oberste Behörde ist der von der Bevölkerung gewählte Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat, der provisorisch eingesetzt ist, bis eine endgültige Volkvertretung geschaffen werden wird. Er hat gesetzgeberische Gewalt. Die ganze Garnison hat sich der republikanischen Regierung zur Verfügung gestellt. Generalkommando und Polizeidirektion stehen unter unserem Befehl. Die Dynastie Wittelsbach ist abgesetzt. Hoch die Republik!

Der Arbeiter- und Soldatenrat: Kurt Eisner.

Die Monarchie ist in Bayern Geschichte: Die Arbeiter- und Soldatenräte übernehmen die Macht.

USPD und Gewerkschaften auf der Münchner Theresienwiese zum Ausgangspunkt der Revolution zu machen. Mit dabei war der Privatsekretär von Kurt Eisner, Felix Fechenbach. Aus seiner Schilderung des Geschehens:

„Dort, wo auf der Wiese die Soldaten standen, war nicht alles so programmäßig verlaufen. Drei Redner sprachen an dieser Stelle. Zuerst Kurt Eisner, kurz und bündig. Es sei jahrelang geredet worden, man müsse jetzt handeln! Der Bauernführer Ludwig Gandorfer verspricht, daß das Landvolk die Arbeiter nicht im Stich lassen werde. Dann trete ich vor in Uniform, die rote Fahne in der Hand, erinnere daran, daß die Soldaten in den Kasernen zurückgehalten werden. Und dann: ‚Soldaten! Auf

in die Kasernen! Befreien wir unsere Kameraden! Es lebe die Revolution!‘“

Da ernsthafter Widerstand ausblieb, kam es im Mathäuserbräu umgehend zur Bildung eines Arbeiter- und eines Soldatenrates. Der Landtag wurde gestürmt und umgehend die erste gemeinsame Sitzung der Arbeiter- und Soldatenräte eröffnet. In einem rasch formulierten Aufruf (siehe oben) nahmen diese für sich in Anspruch, die Regierung in sicherer Hand zu haben. Tags darauf, am 8. November 1918, fand die erste Tagung des „Provisorischen Nationalrates“ statt. Der alte Landtag galt als nicht mehr existent, obgleich eine offizielle Auflösung nie erfolgte. Formal betrachtet, hatte damit auch die SPD-Landtagsfraktion zu bestehen aufgehört.

Der Landtag wird gestürmt!



Kurt Eisner, Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates und später Ministerpräsident

Kurt Eisner übernimmt die Regierung

Kurt Eisner (1867–1919) stammte aus bürgerlichen Verhältnissen und entschied sich nach Abbruch des Studiums für den Beruf des Journalisten. Der Sozialdemokratie trat er erst 1898 bei. Wilhelm Liebknecht, der Chefredakteur des „Vorwärts“, holte ihn zum Zentralorgan der Partei nach Berlin. 1907 wechselte er nach Nürnberg an die „Fränkische Tageszeitung“, 1910 ging Eisner als Landtagsberichterstatte für die Parteipresse nach München. Bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges befürwortete er zunächst die Kriegskredite, wandelte sich jedoch rasch zu einem der schärfsten Kriegsgegner und zum radikalen Kritiker des bestehenden politischen und gesellschaftlichen Systems. Für ein Landtagsmandat bewarb er sich erstmals bei den Januarwahlen des Jahres 1919.

Die Revolution vom 7. November 1918 hatte nicht nur zum Sturz der bayerischen Monarchie geführt, sie hatte mit Kurt Eisner und seinen Gefolgsleuten erstmals auch Sozialdemokraten an die Macht gebracht. Die revolutionären Ereignisse verdeutlichten allerdings auch das Dilemma, in dem sich die Sozialdemokraten bereits zu diesem Zeitpunkt befanden: Die bayerische Mehrheitssozialdemokratie hatte die Revolution nicht gewollt, ja sogar aktiv bekämpft. Wenn ihre Anführer sich dennoch dazu bereit fanden,

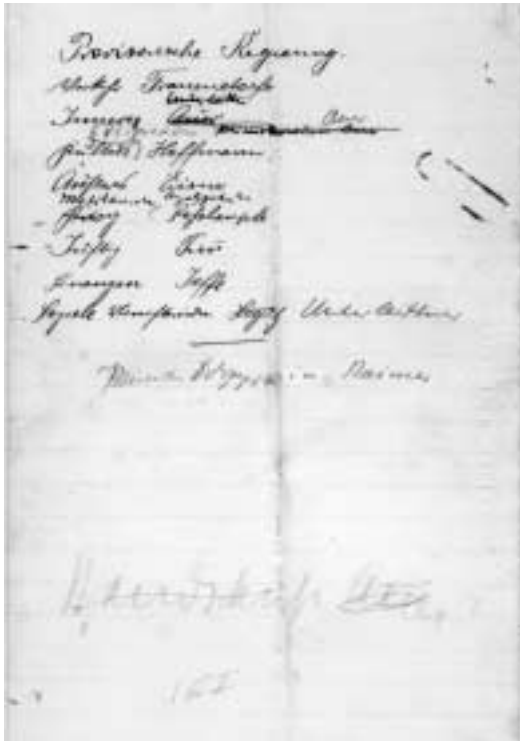
mit den Unabhängigen eine gemeinsame Regierung zu bilden, so handelte es sich dabei um eine rein pragmatische Entscheidung: Um von der Entwicklung nicht fortgespült zu werden, sondern sie mittragen und mitgestalten zu können, dürfte man nicht abseits stehen. Davon zeugen die internen Verhandlungen, die der Kabinettsbildung auf Seiten der MSPD vorausgingen. Aus den Erinnerungen des späteren Justizministers Johannes Timm:

„In unserem Fraktionszimmer waren alle Kollegen erschienen. Kurt Eisners Aufruf in den Morgenzeitungen war bekannt, ebenso die Erklärung des Münchener Polizeipräsidenten von Beckh, die einer Abdankung gleichkam. Es stand fest, daß die revolutionären Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte mit Kurt Eisner an der Spitze die Macht in Händen hatten. [...] Jetzt galt es zu entscheiden, wie unsere Partei sich in Bayern zu den vollzogenen neuen Machtverhältnissen einzustellen habe. [...] Die Beratung selbst war von kurzer Dauer. Es bestand nur eine Meinung darüber, daß die Beherrschung der neuen Situation Kurt Eisner und seinen Anhängern nicht allein überlassen werden dürfe. Dazu war die ganze Lage zu kritisch.“

An diesen Verhandlungen hatten die Mitglieder der ehemaligen Landtagsfraktion, aber auch Vertreter der freien Gewerkschaften teilgenommen. Um die Kontrolle über die Ereignisse nicht völlig zu verlieren, votierten die Anwesenden für eine Zusammenarbeit mit Eisner. Zugleich erarbeiteten sie einen Vorschlag für die Besetzung der Ministerposten, der bei den Verhandlungen mit Eisner nur noch kleinere Änderungen erfuhr.



Titelblatt der Zeitschrift „Simplicissimus“ im November 1918: Die Revolution spült die Fürstenkronen hinweg.



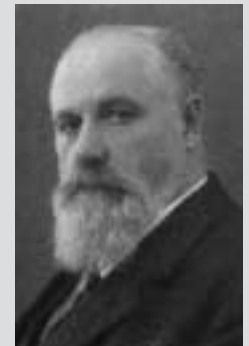
Entwurf für die Ministerliste der Regierung Eisner vom 8. November 1918

Dem neuen Kabinett gehörten nur zwei Unabhängige an, Kurt Eisner selbst (Ministerpräsident und Außenminister) sowie Hans Unterleitner (Minister für soziale Fürsorge). Diesen gegenüber besaß die MSPD mit ihren vier Ministern – Johannes Hoffmann wurde Vizepräsident und Kultusminister, Erhard Auer Innenminister, Johannes Timm Justizminister, Albert Roßhaupter Minister für militärische

Angelegenheiten – ein klares Übergewicht. Alle MSPD-Minister hatten der früheren SPD-Landtagsfraktion angehört. Vervollständigt wurde das Kabinett durch zwei bürgerliche Fachminister: Heinrich von Frauendorfer (Verkehr) und Edgar Jaffé (Finanzen). Am 8. November 1918 stellte Eisner die Mitglieder der neuen Regierung im Provisorischen Nationalrat vor. Sie wurden von den Delegierten per Akklamation bestätigt.

Die Sozialdemokraten im Kabinett Eisner

Erhard Auer (1874–1945) stammte aus ärmlichsten Verhältnissen und wuchs elternlos als Dorfarmenkind auf. Dennoch gelang es ihm, aus dem kleinbäuerlichen Milieu auszubrechen, eine Berufsausbildung zum Kaufmann zu absolvieren und in der sozialdemokratischen Partei rasch aufzusteigen. Damit verkörperte er beispielhaft den Selbstbehauptungs- und Emanzipationswillen der bayerischen Arbeiterbewegung. Als langjähriger Sekretär und enger Vertrauter Georg von Vollmars unterstützte er den von Vollmar eingeschlagenen reformorientierten Sonderweg der bayerischen Sozialdemokratie. Aufgrund seiner Fixierung auf reformistische Ziele brachte Auer für die hoch gesteckten Ziele von Kurt Eisner und dessen Gefolgschaft wenig Verständnis auf. Auf lange Sicht entfremdete er sich damit auch von vielen seiner eigenen Anhänger. Der SPD-Landtagsfraktion gehörte Auer von 1907 bis 1933 an.



Innenminister und Kurt Eisners Gegenspieler: Erhard Auer



Kurt Eisner, der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrates, bei der ersten Sitzung des Provisorischen Nationalrates: „Bayern ist gestern ein Freistaat geworden und wird ein Freistaat bleiben“.

Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte und der „Provisorische Nationalrat“

Im Zuge der Revolution waren die Funktionen des Landtages auf die neu geschaffenen revolutionären Gremien übergegangen. Dabei repräsentierten vor allem die Münchner Arbeiter- und Soldatenräte den Machtanspruch der revolutionären Kräfte. An ihre Seite trat bald darauf ein Bauernrat, der die Verbundenheit zwischen Stadt und Land verkörpern sollte. Aber auch außerhalb der bayerischen Landeshauptstadt kam es im November und im Dezember 1918 zur Bildung von Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten. In der Mehrzahl waren diese Gremien keineswegs linksradikal eingestellt. Vielmehr verstanden sie sich selbst meist als vorübergehende Einrichtungen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung sowie als Instanzen zur Sicherung der revolutionären Erregungenschaften. So hieß es im Aufruf des Münchner Arbeiter- und Soldatenrates vom 7. November 1918:

„Bewohner Münchens! Unter dem fürchterlichen Druck innerer und äußerer Verhältnisse hat das Proletariat die Fesseln mit gewaltiger Anstrengung zerrissen und sich jubelnd befreit! Ein Arbeiter- und Soldatenrat ist gegründet, der die Regierung in sicherer Hand hat. Arbeiter Münchens, Bürger Münchens! Ihr müßt zu dem neugewählten Arbeiter- und Soldatenrat, der Euch Friede bringt und Befreiung von elendem Drucke und jeder Dynastie, wo sie auch sei, volles Vertrauen haben und Euch willig den Anordnungen fügen. Bewahrt Eure Ruhe so wie wir Euch und Euer Leben schützen! Es lebe der Frieden! Nieder mit der Dynastie!“

Als eigentlicher Ersatz für den Bayerischen Landtag fungierte der so genannte Provisorische Nationalrat.

Im Gegensatz zur früheren Kammer der Abgeordneten ging er allerdings nicht aus Wahlen hervor, sondern präsentierte sich eher als berufsständisches Parlament. Darin ähnelte er der Reichsräte-kammer, auch wenn seine Zusammensetzung eine vollständig andere war. Nach dem Willen Kurt Eisners sollten in diesem Nationalrat nur diejenigen Kräfte repräsentiert sein, die bereit waren, aktiv am Aufbau des demokratischen Gemeinwesens mitzuwirken. Den Grundstock bildeten daher die Münchner Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte. Darüber hinaus saßen im Provisorischen Nationalrat aber auch viele der früheren Landtagsmitglieder. Die ehemalige SPD-Fraktion zog sogar komplett in das Übergangsparlament ein. Hinzu kamen die Abgeordneten des Bayerischen Bauernbundes und einige Linksliberale. Außerdem erhielten Vertreter unterschiedlichster Interessenverbände Sitz und Stimme. Nicht nur die Gewerkschaften und andere berufsständische Organisationen konnten Delegierte entsenden, sondern auch sonstige Zusammenschlüsse wie die der Kriegsbeschädigten und die Konsumvereine.

Fraktionen bildeten sich im Provisorischen Nationalrat erst allmählich heraus. Doch stellten die Angehörigen der ehemaligen SPD-Fraktion von Anfang an eine einheitliche und politisch erfahrene Gruppierung dar. Da sich auch unter den Rätemitgliedern und den Delegierten der Interessenverbände zahlreiche



Mitglieder des „Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte“ Anfang 1919 (von links): Max Reuter, Joseph Eisenhut, Joseph Feinhals, Ernst Niekisch, Georg Kandlbinder, Heinrich Süß, Carl Kröpelin, Edwin Steinmetz

Mehrheitssozialdemokraten befanden, erhielten sie rasch weiteren Zuzug. Insgesamt konnten mehr als 70 der insgesamt 256 Nationalratsmitglieder der neuen MSPD-Fraktion zugerechnet werden. Mit der USPD sympathisierten knapp 40 Delegierte. Als weitere Fraktionen formierten sich die Bauernräte, die Demokratische Fraktion und die Freie Vereinigung. Daneben gab es aber auch Nationalratsvertreter, die sich einer eindeutigen Fraktionszugehörigkeit entzogen.

Die Einflussmöglichkeiten, die die Mitglieder des Provisorischen Nationalrates besaßen, waren freilich beschränkt. Der Nationalrat trat in den vier Monaten seines Bestehens lediglich zehn Mal zusammen. Auch besaß er nicht die volle Gesetzgebungsgewalt.

Allmähliche
Fraktionsbildung im
Provisorischen
Nationalrat

Räte oder Nationalversammlung? Die Wahlen vom 12. Januar 1919

Eisner misstraut den Parteifunktionären

Die Münchner Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte stellten zweifellos den größten Rückhalt für Eisners Machtposition dar. Es war jedoch nicht nur Machtbewusstsein, wenn er eine Verankerung der Räte in der neuen Bayerischen Verfassung anstrebte: Eisner hatte im Ersten Weltkrieg gelernt, den Parteifunktionären zu misstrauen. In seinen Augen hatten die parlamentarischen Vertreter der SPD mit ihrer Burgfriedenspolitik die wahren Interessen der arbeitenden Bevölkerung missachtet. Aus diesem Grund suchte er nach neuen Formen der politischen Meinungsbildung, insbesondere nach Möglichkeiten für eine direkte Beteiligung des Wahlvolkes an der Politik. Die Mehrheitssozialdemokratie lehnte Eisners Modell rundweg ab. Ihren Repräsentanten war instinktiv klar, dass das Fortbestehen der Räte das Monopol auf die politische Vertretung der Arbeiterinteressen gefährden musste, das Partei und Fraktion bis dahin für sich in Anspruch genommen hatten. Mehrheitssozialdemokraten sahen in den revolutionären Gremien daher lediglich Übergangslösungen bis zum Zusammentritt des neuen Parlamentes.

Abweichende Auffassungen von MSPD und USPD

Die Rätefrage war allerdings nur einer der Punkte, an denen sich MSPD und USPD mit abweichenden Auffassungen gegenüberstanden. Eine äußerst heftige politische Auseinandersetzung knüpfte sich auch an die Frage

nach der Terminierung von Neuwahlen. Noch in der Revolutionsnacht hatte Eisner versprochen, baldmöglichst eine konstituierende Nationalversammlung einzuberufen, zu der alle mündigen Frauen und Männer das Wahlrecht haben sollten. Tatsächlich ging Eisner jedoch von einer längeren Übergangsphase aus, in der die revolutionären Errungenschaften dauerhaft verankert werden sollten. Demgegenüber drängte die MSPD in Übereinstimmung mit den bürgerlichen Parteien auf einen raschen Wahltermin und die baldige Einberufung des neuen Landtages. Die Mehrheitssozialdemokraten hielten die Regierung Eisner für nicht ausreichend legitimiert, um weitreichende Grundsatzentscheidungen zu treffen. Diesem Druck



Demonstration für das Räte-system am 16. Februar 1919 in München (in der Mitte Eisner mit Frau)

Erfolg für die politische Gleichstellung der Frauen

musste Eisner schließlich nachgeben, die Wahlen wurden auf den 12. Januar 1919 festgelegt. In seinem „Revolutionstagebuch“ schreibt Josef Hofmiller über diesen besonderen Tag:

„Heute Wahl zum Bayerischen Landtag. Gutes, etwas frisches Wetter, heiter und klar, geeignet zu Demonstrationen, von denen aber bis jetzt nicht viel zu bemerken. Auch für gestern Abend waren Putsche erwartet, wir gingen deshalb sogar um eine halbe Stunde früher aus und von unserem asketischen Dünnbier-Dämmerstopp nach Haus, aber alles blieb ruhig. Die Wahlbeteiligung war sehr stark, die Leute standen an wie um Butter, Zigaretten oder Pferdefleisch. Der Anblick der zahlreichen Frauen und Soldaten in und vor dem Wahllokal fiel auf.“

Die Ergebnisse der Wahlen waren aus Sicht der bayerischen Arbeiterbewegung zwiespältig. Die Mehrheitssozialdemokratie hatte zwar 33 Prozent der Stimmen erzielt und gemessen an den Vorkriegswahlen, bei denen ihr Anteil zuletzt 19,5 Prozent betragen hatte, bedeutete dies einen gewaltigen Erfolg. Auch hatte sich die Zahl ihrer Abgeordneten in dem geringfügig vergrößerten Parlament von 30 auf 61 mehr als verdoppelt; hinzu kamen noch drei Abgeordnete der USPD, die landesweit 2,5 Prozent der Stimmen erzielte. Aber: Die beiden sozialdemokratischen Parteien besaßen im neuen Landtag keine Mehrheit. Stärkste Partei wurde vielmehr die katholisch-konservative Bayerische Volkspartei (BVP), die die Nachfolge des Zentrums angetreten hatte. Sie stellte mit 66 Abgeordneten (35 Prozent der abgegebenen Stimmen) die größte Fraktion.

Schon vor dem Ersten Weltkrieg hatte die SPD-Fraktion die Ziele der Frauenwahlrechtsbewegung unterstützt. Eine entsprechende Gesetzesänderung war jedoch am Widerstand der bürgerlichen Parteien gescheitert. Erst die Revolution bot die Möglichkeit, diesen nur schwer zu rechtfertigenden Missstand zu beseitigen. Folgerichtig waren schon im Provisorischen Nationalrat, dessen Zusammensetzung die Führer von Mehrheitssozialdemokratie und Unabhängigen weitgehend unter sich ausgemacht hatten, acht Frauen vertreten, darunter Hedwig Kämpfer als



Gleiches Recht im Wahllokal: Dank der Sozialdemokraten durften 1919 endlich auch Frauen an die Urnen.

Erschreckend gering:
die Zahl weiblicher
Delegierter

Mitglied des Landesarbeiterrates sowie Anita Augspurg, Emilie Mauerer und Rosa Kempf als Vertreterinnen der bayerischen Frauenbewegung. Die Frauenrechtlerin und Pazifistin Lida Gustava Heymann schreibt in ihren Erinnerungen „Erlebtes – Erschautes: Deutsche Frauen kämpfen für Freiheit, Recht und Frieden“ an die Münchner Novemberrevolution:

„Nun begann ein neues Leben! Zurückdenkend erscheinen die folgenden Monate wie ein schöner Traum, so unwahrscheinlich herrlich waren sie. Der Tag verlor seine Zeiten, die Stunde der Mahlzeiten wurde vergessen, die Nacht wurde zum Tage, man brauchte keinen Schlaf; nur eine lebendige Flamme brannte: sich helfend am Aufbau einer besseren Gesellschaft zu betätigen. Endlich konnten Frauen aus dem vollen schaffen. Frauenmitarbeit war auf allen politischen und sozialen Gebieten erwünscht.“

Obwohl innerhalb der Sozialdemokratie also prinzipielle Einigkeit über die Einführung des Frauenwahlrechts bestand, waren in der Regierung hierüber noch einmal Bedenken aufgekommen. So befürchtete Kurt Eisner wegen des starken Einflusses der Kirche in Bayern, dass die Frauen vorwiegend konservativ wählen würden. Da aber weder USPD noch MSPD unglaubwürdig werden wollten, blieb es bei der Einführung des Frauenstimmrechts. Die Ergebnisse der Landtagswahlen im Januar 1919 schienen den Bedenkenträgern Recht zu geben: In den sechs oberbayerischen Stimmkreisen, in denen Frauen und Männer getrennt abstimmten, gaben 47,4 Prozent der männlichen Wahlberechtigten ihre Stimme den Mehrheitssozialdemokraten (der USPD 2,3 Prozent), von den

Frauen entschieden sich dagegen nur 32,2 Prozent für die MSPD (und gar nur 0,9 Prozent für die USPD).

Gemessen am Stimmenanteil der Frauen war die Zahl der weiblichen Delegierten, die in die Bayerische Nationalversammlung einzogen, sehr gering. Unter den insgesamt 180 Abgeordneten befanden sich lediglich sechs Politikerinnen. Die ersten Frauen in der Landtagsfraktion der bayerischen Mehrheitssozialdemokraten waren Aurelie Deffner und Emilie Mauerer.

Die Ermordung Kurt Eisners und ihre Folgen

Die Eröffnung des neu gewählten Bayerischen Landtages sollte am 21. Februar 1919 stattfinden. Im Kabinett war beschlossen worden, dass Eisner bei dieser Gelegenheit den Rücktritt seiner Regierung erklären und so den Weg zur Bildung einer neuen Regierung frei machen würde. Doch dazu kam es nicht: Eisner wurde auf dem Weg in den Landtag von dem jungen Leutnant Anton Graf von Arco auf Valley ermordet. Kurze Zeit später kam es auch im Landtag zu einer Schießerei, bei der der BVP-Abgeordnete Heinrich Osel sowie ein Major getötet und Erhard Auer schwer verletzt wurden. Auf Auer hatte es der Attentäter Alois Lindner, ein Mitglied des Revolutionären Arbeiterrates, abgesehen, weil er ihn als Drahtzieher des Eisner-Mordes betrachtete. In seinem Lebensbericht „Der Wendepunkt“ denkt Klaus Mann an den Tag der Ermordung Eisners zurück:

„Am 21. Februar 1919 wurde gerade um die Ecke von unserem Schulgebäude der bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner erschossen. Meine Tage-



In der Promenadestraße (heute: Kardinal-Faulhaber-Straße) in München wurde Kurt Eisner ermordet. Heute befindet sich dort ein Bodendenkmal.

buchnotizen, diesen Vorfall betreffend, zeichnen sich durch ein etwas unbeholfenes Pathos aus. Es heißt da, daß ich um den Ermordeten ‚bittere Tränen‘ vergossen hätte [...]. Was mich zu diesem rhetorisch stilisierten Erguß veranlaßt hatte, war wohl nicht so sehr mein Kummer über Eisners Tod wie mein Ekel vor dem Zynismus, mit dem die Münchener Spießer, einschließlich meiner Lehrer und Klassengenossen, die Todesnachricht begrüßten.“

Diese Attentate führten zur Sprengung des Landtages, noch ehe er in die Geschäftsordnung eingetreten war. Es folgten Wochen, die von politischer Instabilität und einer wachsenden Radikalisierung geprägt waren. Die Münchner Räte gewannen nun wieder an Macht und Einfluss. Dieser Umstand erklärt, weshalb die entscheidenden Verhandlungen zur Bildung einer neuen Regierung in Nürnberg und in Bamberg geführt wurden, wo sich zahlreiche Spitzenvertreter der verschiedenen Landtagsfraktionen nach dem 1. März versammelt hatten. Mit Billigung der bürgerlichen Parteien wurde der Mehrheitssozialdemokrat Johannes Hoffmann als neuer Ministerpräsident ausersehen, der einer Minderheitsregierung aus MSPD, USPD und Bauernbund vorstehen sollte. Aus den Erinnerungen des Justizministers Ernst Müller-Meinungen (Deutsche Demokratische Partei) an die politischen Verhältnisse nach der Ermordung Eisners:

Johannes Hoffmann wird Nachfolger des ermordeten Eisner

„Wir standen unter größtem Druck der Räte. Ein Zusammenkommen im Landtag war unmöglich. Die Tagungen in Privatwohnungen konnten natürlich nur zwischen einer kleinen Anzahl von Führern stattfinden. Die Mehrheitssozialisten fühlten sich

ganz besonders bedrückt. [...] Die alten politischen und Gewerkschaftsführer drohten völlig von jedem Einflusse ausgeschlossen zu werden. So bahnte sich zwischen den Mehrheitssozialisten und den sogenannten ‚bürgerlichen Parteien‘ naturgemäß ein einheitlicher Gedankengang an: Ordnung um jeden Preis zu schaffen.“

Die zur Ernennung des neuen Kabinetts erforderliche Einberufung des Landtages erfolgte unter schwierigen äußeren Bedingungen. In der Sitzung vom 17. März 1919 wurde zunächst das MSPD-Fraktionsmitglied Franz Schmitt zum neuen Landtagspräsidenten gewählt. Die anschließende Wahl von Johannes Hoffmann zum Bayerischen Ministerpräsidenten erfolgte ohne Gegenstimme. Einen Tag später

stellte er im Plenum sein Kabinett vor. Das Außen- und das Kultusministerium übernahm er selbst. Die weiteren Regierungsmitglieder waren seine Fraktionskollegen Fritz Endres (Justiz), Martin Segitz (Inneres) und Ernst Schnepfenhorst (Militärische Angelegenheiten). Außerdem wurden der Bauernbündler Martin Steiner (Land- und Forstwirtschaft) sowie die Unabhängigen Sozialdemokraten Hans Unterleitner (Soziale Fürsorge) und Josef Simon (Handel, Industrie und Gewerbe) berufen. Dass MSPD und USPD in der neuen Regierung vertreten waren, legte der Arbeit ihrer Landtagsabgeordneten natürlich Zügel an. Belohnt wurde die konstruktive Parlamentsarbeit aber mit dem unmittelbaren Einfluss, den sie in dieser Phase auf die Ausgestaltung von Staat und Verfassung gewannen.

Johannes Hoffmann (1867–1930), ein Volksschullehrer aus der Pfalz, trat 1905 der Sozialdemokratie bei. Im früheren Wahlkreis des „roten Pfalzgrafen“ Franz Josef Ehrhart kandidierte er nach dessen Tod 1908 erfolgreich für den Einzug in den Bayerischen Landtag; ab 1912 MdR, Stadtrat und stellv. Bürgermeister in Kaiserslautern. Der langjährige bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion wurde Eisners Staatsminister für Unterricht und Kultus (1918/19) und dessen Nachfolger als Bayerischer Ministerpräsident (1919); ab April 1919 zusätzlich Kultus- und Außenminister. Obwohl er eher dem linken Flügel angehörte, war eine Räteherrschaft auch für ihn nicht vorstellbar. Nach dem Austritt der SPD aus der bayerischen Regierung Lehrer in Kaiserslautern, bis zu seinem Tod MdR.



Johannes Hoffmann

Die Räterepublik und das „Bamberger Exil“

Es gelang der Regierung Hoffmann nicht, das aufgewühlte politische Klima in der bayerischen Landeshauptstadt zu beruhigen. Die Androhung einer zweiten Revolution hing wie ein Damoklesschwert über dem Land. Dieser Umsturz wurde traurige Wirklichkeit, als der neu formierte Revolutionäre Zentralrat in der Nacht vom 6. zum 7. April 1919 die „Räterepublik Baiern“ ausrief. Der Ernst der Lage wurde dadurch deutlich, dass sich Regierung und Landtag gezwungen sahen, München zu verlassen und in Bamberg Unterschlupf zu suchen. Da ein Kompromiss ausgeschlossen erschien, die Münchner Räterepublikaner aber trotz ihrer isolierten Stellung nicht zur Kapitulation bereit waren, steuerte alles auf eine gewaltsame Konfrontation zu. Über diese Wochen in der Landeshauptstadt schrieb Oskar Maria Graf, selbst ein aktiver Räterepublikaner:

„Im Landtag herrschte eine schwirrende Nervosität. Im Torgewölbe standen Soldaten und bewaffnete Zivilisten und schichteten Munition vor die Maschinengewehre. Es sah aus, als wolle man sich befestigen gegen kommende Angriffe. Niemand betrachtete uns, jeder flitzte wichtig hinum und herum, Worte wie ‚Weiße Garder! München umzingelt! Noske-Truppen im Anmarsch!‘ flogen von Ohr zu Ohr. Gangauf und gangab liefen Menschen, verschwanden in den Sitzungssälen und kamen wieder heraus.“

Nachdem der Versuch, die Münchner Räterepublik durch die Verhaftung ihrer Anführer zu stürzen, am 13. April kläglich gescheitert war, sah sich Hoffmann gezwungen, das Deutsche Reich um Hilfe anzurufen und damit das Schicksal Bayerns in die Hände der

Hilferuf der
Landesregierung an das
Deutsche Reich



Fritz Endres



Die mehrheitssozialdemokratische Regierung Hoffmann und das bayerische Landtagspräsidium in Bamberger „Exil“



Tagungsort Konzertsaal: Der Landtag kommt in Bamberg zusammen.

Blutbad bei der
Besetzung Münchens

Reichswehrgeneralität zu legen. Die Ermordung der von den Räterepublikanern inhaftierten Geiseln im Münchner Luitpold-Gymnasium lieferte den rasch mobilisierten Truppen und Freikorpsverbänden den Vorwand, mit gnadenloser Brutalität gegen echte und vermeintliche Rotarmisten vorzugehen – die Besetzung Münchens endete Anfang Mai 1919 in einem Blutbad.

Hoffmann erzwingt den
Regierungseintritt der BVP

Am 2. Juni prangerte der oberbayerische MSPD-Abgeordnete Alwin Saenger im Landtag die Ausschreitungen an und betonte, die Grenze des Entschuldbaren sei in München weit überschritten worden. Damit stellte er freilich auch der Regierung Hoffmann ein negatives Zeugnis aus, hatte sich diese doch vergeblich darum bemüht, die eskalierende Gewalt zumindest einzudämmen.

Den Ministerpräsidenten veranlassten diese Ausschreitungen zu einer Regierungsumbildung. Ende Mai 1919 zwang Hoffmann die BVP ultimativ zum Eintritt in die Regierung, also zur Übernahme der politischen Mitverantwortung. Mit im Kabinett saß fortan auch die Deutsche Demokratische Partei, USPD und Bauernbund waren nicht mehr vertreten. Der Bayerische Landtag blieb noch bis zum 16. August in Oberfranken, erst ab dem 1. Oktober 1919 tagte er wieder in München.



Alwin Saenger (1881–1929), Rechtsanwalt aus München; 1919–1920 Staatssekretär im Kultusministerium, 1919–1924 MdL, 1919 und 1924–1929 MdR.

Die staatsrechtliche Neuordnung

Noch in der Zeit des „Bamberger Exils“ fanden die parlamentarischen Beratungen über die neue Bayerische Verfassung statt. Bedingt durch die Mehrheitsverhältnisse stellte diese einen Kompromiss dar, der sowohl den Abgeordneten der Mehrheitssozialdemokratie als auch den Vertretern der BVP erhebliche Zugeständnisse abverlangte. Dennoch gelang es der MSPD, viele ihrer langjährigen Forderungen in der neuen Staatsverfassung zu verankern. Die Umwandlung Bayerns in eine parlamentarische Demokratie konnte sie ebenso als ihren Erfolg verbuchen wie die nun festgelegte Verantwortlichkeit der Minister gegenüber dem Landtag. Auch für Abgeordnete war es künftig möglich, ein Ministeramt zu bekleiden. Das Recht zur Einberufung, Vertagung oder gar Auflösung des Landtages ging vom König auf das Parlament über. Gegen seinen Willen konnte der Landtag nur noch auf dem Wege der Volksabstimmung aufgehoben werden. Die Beseitigung der Reichsrätekommission und die Einführung des Einkammer-Systems entsprachen ebenfalls sozialdemokratischen Forderungen. Ein weiterer Erfolg: Das Verhältniswahlrecht ersetzte endlich das Mehrheitswahlrecht, das die Wähler in den dünn besiedelten ländlichen Gebieten begünstigt hatte. Außerdem wurde die Wahlberechtigung auf Frauen sowie auf die 20- bis 25-Jährigen ausgedehnt. Zudem wurde der Zensus, also die Bindung des Wahlrechtes an die Entrichtung einer direkten Steuer, beseitigt. Darüber hinaus schufen Volksbegehren und Volksentscheid neue Mitwirkungsmöglichkeiten für die Staatsbürger.

Auch für das Verhältnis des Freistaates Bayern zum Deutschen Reich wurden in der Amtszeit Johannes Hoffmanns wichtige Grundlagen geschaffen. Dies er-



Unter sozialdemokratischer Regierung legte die Verfassung des Freistaates Bayern fest: „Bayern ist ein Freistaat und Mitglied des Deutschen Reiches. [...] Die Landesfarben sind weiß und blau.“

füllte die öffentliche Meinung in Bayern zum Teil mit großer Sorge, da die Sozialdemokratie im Ruf stand, nur geringes Interesse an der bayerischen Eigenständigkeit zu besitzen. Zur allgemeinen Überraschung hatte allerdings Kurt Eisner zunächst einen strikt föderalistischen Kurs eingeschlagen, der für seine Widersacher auf der äußersten Linken fast schon an Separatismus grenzte. Verglichen damit bewies Johannes Hoffmann deutlich mehr Ver-

Hoffmann zeigt Verständnis für die Belange des Reiches



Im „Bayerischen Kurier“ vom 2. Januar 1919: Brandpredigt von Erzbischof Faulhaber gegen die Trennung von Kirche und Staat

ständnis für die Belange des Reiches. Dass die Interessen Bayerns in der Weimarer Reichsverfassung wenig Berücksichtigung fanden, lag freilich auch an den politischen Umständen: In der entscheidenden Phase der Berliner Verfassungsberatungen war die bayerische Regierung durch den Konflikt mit der Münchener Räterepublik gelähmt. Die Notwendigkeit, in dieser Auseinandersetzung das Reich um Hilfe anzufragen, verschlechterte ihre Durchsetzungschancen zusätzlich. Allerdings vermochte sich die bayerische SPD auch in den folgenden Jahren nicht als eine Partei für spezifisch bayerische Belange zu profilieren. Bereits im Dezember 1919 sprach sich der Pfälzer MSPD-Abgeordnete Friedrich Profit unmissverständlich für den deutschen Einheitsstaat aus, eine Aussage, der sich die Abgeordneten der USPD anschlossen. Am 10. November 1920 bekannte sich im Bayerischen Landtag auch der Mehrheitssozialdemokrat Hans Dill, dessen Wahlkreise im östlichen Oberfranken lagen, im Namen seiner Parteifreunde offen zum Unitarismus:

„Wir Sozialdemokraten sind Unitarier, das heißt, wir wollen die eine einheitliche, unteilbare Republik, die die großen Probleme der Außenpolitik, der Finanz- und Wirtschaftspolitik und der Kulturpolitik nach einheitlichen Grundsätzen feststellt. Diese einheitliche, unteilbare Republik wird aber nur lebensfähig und stark sein auf der Grundlage des freiesten Selbstverwaltungsrechts der in ihr vereinigten Länder, Landesteile und Gemeinden.“

Äußerungen wie diese beeinträchtigten die Akzeptanz der bayerischen Sozialdemokratie nicht nur beim Bürgertum, sondern auch bei der Landbevölkerung.

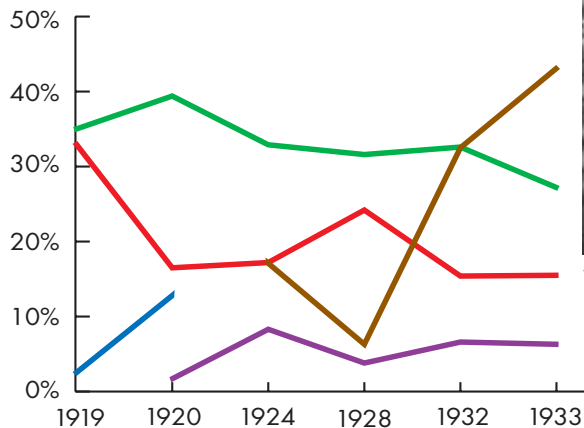
Die Trennung von Staat und Kirche hatte schon im Königreich zu den Kernforderungen der Landtags-SPD gehört. Unter den Regierungen Eisner und Hoffmann kam es vor allem auf dem Gebiet der Schulpolitik rasch zu einschneidenden Neuerungen. Im Provisorischen Nationalrat hatte der damalige Kultusminister Johannes Hoffmann bereits am 3. Dezember 1918 ausgeführt:

„In kurzen Worten kann ich mein Programm zusammenfassen: Freier Staat, freie Schule, freie Kirche. Die neue Zeit verlangt ein neues Geschlecht, und dieses verlangt eine neue Schule. Bisher hat in der Schule der autokratische Geist der Kirche und der autokratische Geist des Militärstaates geherrscht. [...] Die neue Schule soll erziehen freie Staatsbürger und gute Menschen.“

Durch Verordnung vom 1. Januar 1919 wurde nun die geistliche Schulaufsicht beseitigt. Wenig später entfiel auch der verpflichtende Religionsunterricht; Kinder durften fortan nicht mehr gegen den Wunsch der Erziehungsberechtigten zum Besuch von Religionsstunden angehalten werden. Die Volksschullehrer wurden nicht nur vom Kirchendienst freigestellt, ihnen wurde auch der seit langem geforderte Beamtenstatus gewährt. Darüber hinaus kämpfte Hoffmann für die Einführung der Gemeinschaftsschule. Sie sollte die Bekenntnisschule ablösen, an der jeweils nur eine Glaubensrichtung geduldet war.

Nach Hoffmanns Rücktritt im März 1920 begannen jedoch sofort die Bemühungen der Christlich-Konservativen, zumindest Teile der ursprünglich von ihnen mitgetragenen Regelungen wieder rückgängig zu

machen. Vergeblich versuchte die MSPD-Fraktion im März 1920, die Aushebelung der Simultanschulverordnung zu verhindern. Ebenso wenig gelang es ihr, die Rückkehr zur Unvereinbarkeit von Ehe und Berufstätigkeit bei Lehrerinnen zu blockieren. Die Auffassungen der Mehrheitssozialdemokraten vertraten im Landtagsplenum der Pfälzer Friedrich Ackermann und Hans Nimmerfall aus Oberbayern.



- Bayerische Volkspartei (BVP) —
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) —
- Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) —
- Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) —
- Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) —

Ergebnisse der Wahlen zum Bayerischen Landtag 1919 bis 1933



Vereinigung von MSPD und USPD zur VSPD (September 1922): Kundgebung im Nürnberger Luitpoldhain anlässlich des Wiedervereinigungsparteitages

Friedrich Ackermann
(1876–1949),
Rechtsanwalt aus
Frankenthal/Pfalz;
1918/19 Referent des
Kultusministers Johannes
Hoffmann, 1919–1933
MdL und zweiter
Bürgermeister in
Augsburg.



Rückkehr der bayerischen SPD in die Opposition

Mitte März 1920 wurde in Berlin der Kapp-Putsch angezettelt. Während der Umsturzversuch überall im Reich am geballten Widerstand der Arbeiterbewegung und am passiven Verhalten der staatlichen Verwaltungen scheiterte, nutzten in Bayern rechtskonservative Kreise die Gunst der Stunde. In ihrem Namen forderte General Arnold von Möhl, der Leiter der bayerischen Reichswehr, die Regierung Hoffmann zur Übertragung der vollziehenden Gewalt auf. Er drohte damit, anderenfalls die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung nicht mehr garantieren zu können. Diese Taktik stürzte die Regierung in einen schweren inneren Konflikt, der im März 1920 mit dem Rücktritt Hoffmanns endete.

Damit hatte die Mehrheitssozialdemokratie das Feld praktisch kampflos preisgegeben. Zermürbt durch die vorangegangenen politischen Auseinandersetzungen, waren große Teile der Fraktion nur zu gern bereit, wieder in die gewohnte Oppositionsrolle zurückzukehren. Dahingestellt bleibt, ob ein ernsthafter Widerstand den politischen Kurswechsel und die Etablierung der „Ordnungszelle Bayern“ unter dem neuen Ministerpräsidenten Gustav Ritter von Kahr hätte verhindern können. Für die bayerische Sozialdemokratie sollte sich der Rückzug von der Macht jedenfalls bitter rächen: Während der Weimarer Republik konnte sie zu keiner Zeit nochmals einen bestimmten Einfluss auf die Geschicke des Landes Bayern gewinnen.

Eine prompte Quittung für ihre unentschiedene Haltung bekam die MSPD schon bei den Landtagswahlen am 6. Juni 1920: Statt 33 Prozent der abgegebe-



Wahlplakat der Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD) aus dem Jahr 1920

nen Stimmen wie noch 1919 erreichte sie nur noch einen Wähleranteil von 16,5 Prozent. Vor allem auf dem linken Flügel waren der Mehrheitssozialdemokratie die Anhänger verloren gegangen. Der Stimmenzuwachs der USPD von 2,5 auf 12,8 Prozent war ein deutliches Indiz dafür, dass viele Stammwähler der Partei vorwarfen, zu wenig für die Durchsetzung spezifisch sozialistischer Ziele unternommen zu haben. Aber auch insgesamt hatten die sozialdemokratischen Parteien mehr als 6 Prozent der Wählerstimmen ein-

gebußt. Selbst ihre Wiedervereinigung, die – mit Wirkung für das gesamte Deutsche Reich – im September 1922 in Nürnberg erfolgte, konnte den Abwärtstrend nicht aufhalten: Bei den Landtagswahlen des Jahres 1924 erzielte die Vereinigte Sozialdemokratische Partei (VSPD) nur noch 17,2 Prozent der Stimmen. Mit einem hauchdünnen Vorsprung vor der NSDAP war sie damit aber immer noch die zweitstärkste Partei in Bayern. Als ernst zu nehmende Konkurrenz auf der Linken erwiesen sich nun die Kommunisten, die 8,3 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigten.

Nach dem Rücktritt der Regierung Hoffmann trat für die Partei die Landtagsarbeit wieder stärker in den Vordergrund. Auf diese Weise gewann die Fraktion an Bedeutung und an Profil. Die Landtagsfraktion der bayerischen Sozialdemokratie führte darüber hinaus in zunehmendem Maße nicht nur die parlamentarische Arbeit aus. Vielmehr nahm sie auch die Geschäfte eines Landesvorstandes wahr, da es einen solchen nach dem Organisationsstatut von 1924 nicht mehr gab. Die Fraktion war zu dieser Zeit zweifellos das wichtigste Führungsgremium der Partei.

Die große Bedeutung der Fraktionszugehörigkeit für den Einfluss innerhalb der Partei sorgte auch für eine starke Kontinuität in ihrer Zusammensetzung. Von den 30 Sozialdemokraten, die am Ende des bayerischen Königreiches Mitglieder der Abgeordnetenkammer waren, fanden sich 21 auch im 1919 neu gewählten Landtag wieder. Besonders einflussreiche Parteiführer gehörten der Fraktion während der gesamten Dauer der Weimarer Republik an. Dabei handelte es sich um Friedrich Ackermann, Erhard Auer, Karl Giermann, Albert Roßhaupter und Johannes Timm.



Wahlwerbung der wiedervereinigten SPD



Max Blumtritt (1877–1931), Redakteur aus Hof, Stadtrat; 1917 USPD, 1922 SPD, 1919–1931 MdL sowie Stadtrat in Hof.

Auch unter den Abgeordneten, die über vier der insgesamt fünf Legislaturperioden dem Parlament angehörten, finden sich viele namhafte Parteivertreter, so Lina Ammon, Max Blumtritt (bis 1922: USPD), Hans Dill, Fritz Endres, Clemens Högg, Bruno Körner, Martin Segitz und Julius Steeger. Johannes Timm war in all diesen Jahren Fraktionsvorsitzender. Erst 1933, kurz vor der vollständigen Ausschaltung des Landtages, trat für kurze Zeit Albert Roßhaupter an seine Stelle.

Die Auswüchse der „Ordnungszelle Bayern“

Mit dem Regierungsantritt Gustav Ritter von Kahr wurde Bayern zum Hort der Reaktion. Die radikale Rechte und die Einwohnerwehren – deren Entwaffnung die Reichsregierung unter dem Druck der Siegermächte erst im Juni 1921 erzwang – konnten ungehindert ihren verfassungsfeindlichen Aktivitäten nachgehen, während die politische Linke durch kleinliche Auflagen und Verbote schikaniert wurde. Die Aufklärungsquote bei politisch motivierten Verbrechen war äußerst gering; Interventionen der Reichsregierung wurden nicht beachtet oder sabotiert. All dies zog führende Rechtskonservative aus ganz Deutschland nach Bayern und erzeugte ein günstiges Klima für das Gedeihen der völkischen Bewegung.

Johannes Timm (1866–1945), ein Schneider aus Schleswig-Holstein, wurde 1898 Mitarbeiter des Münchner Arbeitersekretariats. Ab 1904 war er Vorsitzender des Gauvorstandes der südbayerischen SPD, ab 1905 Mitglied des Bayerischen Landtages und ab 1908 Angehöriger der zentralen Kontrollkommission des Parteivorstandes der bayerischen SPD. Schon vor 1918 gehörte er zum engsten Führungskreis der MSPD. Von 1918 bis 1933

war Timm Vorsitzender der Landtagsfraktion. Einen seiner wichtigsten Auftritte im Landtag hatte er bei den parlamentarischen Verhandlungen über den Kapp-Putsch und den daran geknüpften Regierungswechsel in Bayern (29. März 1920).



Johannes Timm

Die beiden sozialdemokratischen Parteien brachten diese Missstände wiederholt im Parlament zur Sprache. Dabei gingen vor allem die Abgeordneten, die sich mit den illegalen Praktiken der Einwohnerwehren und deren Fememorden auseinander setzten, ein hohes persönliches Risiko ein. So wurde der USPD-Abgeordnete Karl Gareis, der sich im Landtag mit besonderem Nachdruck für die Entwaffnung der Einwohnerwehren und die Verfolgung der Fememörder eingesetzt hatte, am 9. Juni 1921 auf offener Straße ermordet. Dieses Verbrechen veranlasste MSPD und USPD zu einer gemeinsamen Interpellation im Landtag. Im Plenum griffen Erwin Neumann (USPD) aus Mittelfranken und Alwin Saenger (MSPD) die Regierung Kahr scharf an und beschuldigten sie schwerer Unterlassungssünden. Die Tatsache, dass im Mordfall Gareis wie in vielen anderen Fällen die Hintermänner nie ermittelt wurden, weckte nicht nur bei der Sozialdemokratie Zweifel an einer ernsthaften staatlichen Strafverfolgung. Ungestraft hatte sich auch der „Volksdichter“ Ludwig Thoma am 3. Juni 1921 im „Miesbacher Anzeiger“ über Gareis ereifern dürfen:

„Haltet euch bereit, denn, wenn der Gareis auch bloß mit dem Maul droht, so gibt es doch Gesindel genug, das bloß auf ein Signal wartet. Es ist jetzt an der Zeit, wachsam zu sein. Wenn solche Leute, wie der Gareis, frech werden und im Parlamente selbst mit Umsturz drohen, dann wissen sie, daß sie eine Schar von Lumpen hinter sich haben. Aber, das soll geschworen sein, sie sollen eine andere Suppe auffressen müssen, wie die im Mai 1919.“

Als sich die Regierung Kahr nach der Ermordung des Zentrumsabgeordneten Matthias Erzberger im Au-

gust 1921 gegen die von Reichspräsident Friedrich Ebert in dieser Sache erlassene Notverordnung auflehnte, hatte sie den Bogen allerdings überspannt. Die BVP entzog ihr nun das Vertrauen und erzwang so im September 1921 ihren Rücktritt. Als Generalstabskommissar kehrte Kahr dennoch von Ende September 1923 bis Mitte Februar 1924 noch einmal an die Macht zurück. Eine Stabilisierung der politischen Verhältnisse gelang erst nach dem Amtsantritt des Ministerpräsidenten Heinrich Held (BVP). Desse Koalition mit dem Bauernbund und der Deutschen Nationalen Volkspartei (DNVP) hielt bis 1930.

Durch harte Urteile gegen die Anhänger der Münchner Räterepublik und milde Strafen gegen Gesetzesbrecher mit völkischen Motiven hatte auch die bayerische Justiz frühzeitig die harsche Kritik der Sozial-

Endlich: Die BVP entzieht Kahr das Vertrauen

Die Justiz ist auf dem rechten Auge blind



SPD-Demonstration gegen die politischen Morde in München



Karl Gareis

demokratie auf sich gezogen. Großes Aufsehen erregte etwa das geringe Strafmaß für den Eisner-Mörder Graf Arco. Unzureichende Ermittlungsergebnisse und unverständliche Urteile bei Fememordfällen und Einwohnerwehrdelikten untermauerten den Vorwurf gegen die Justiz, auf dem rechten Auge blind zu sein. Für die Landtagsfraktion der bayerischen SPD waren diese Missstände ein Dauerthema. Der für Oberfranken im Landtag sitzende USPD-Abgeordnete Max Blumtritt sprach 1921 von zweierlei Recht, das in Bayern zum herrschenden Prinzip erhoben worden sei. Im Jahre 1928 war es der SPD-Fraktionsvorsitzende Johannes Timm, der die erneute Besetzung des Justizministeriums mit dem Deutschnationalen Franz Gürtner als „Justizschande“ bezeichnete.

Dabei beschäftigte sich die Fraktion keineswegs nur mit politischen Strafverfahren, sondern auch mit der Aburteilung zeittypischer Delikte. So zielte etwa eine Landtagsanfrage der MSPD vom August 1921 auf die Zahl der Strafverfahren wegen Wucher, Schleichhan-

del und Preistreiberei sowie auf die Form ihrer Aburteilung. Auch in den Folgejahren forderten die Sozialdemokraten im Landtag wiederholt Aufklärung über die juristische Urteilspraxis, den Stand von Einzelverfahren sowie über Möglichkeiten zur Wiederherstellung der Rechtssicherheit. Ganz allgemein hatte Karl Gareis am 16. Dezember 1920 im Bayerischen Landtag festgestellt:

„Es fällt uns nun nicht ein, für diesen Charakter der gegenwärtigen Klassenjustiz einzelne Personen wie etwa ein Justizministerium, das nur eine ganz vorübergehende Erscheinung ist, verantwortlich zu machen. Dagegen machen wir das gegenwärtige Ministerium und den gegenwärtigen Justizminister dafür verantwortlich, daß die Justiz in Bayern über diesen allgemeinen Klassencharakter hinausgehend in weitgehendem Maße politisiert ist, und daß in ihr mit zweierlei Maß gerechnet wird, je nachdem der vor den Schranken des Gerichts stehende der oder jener politischen Partei oder Richtung angehört.“

Zweierlei Maß auch bei der Aburteilung zeittypischer Delikte



Die „Auergarde“, der Selbstschutzverband der SPD, im Mai 1923 auf der Münchner Theresienwiese

Kampf gegen den aufkeimenden Nationalsozialismus

Die bayerischen Sozialdemokraten mussten sich früher als ihre Parteigenossen im Reichstag oder in den anderen Länderparlamenten mit dem Nationalsozialismus auseinandersetzen. Von Anfang an nutzten sie dabei die Tribüne des Landtages, um sich öffentlich von den nationalistischen, antisemitischen und verfassungsfeindlichen Bestrebungen der NSDAP zu distanzieren. Zu heftigen Konfrontationen kam es aber auch außerhalb des Parlamentes, etwa wenn sozialdemokratische Veranstaltungen durch völkische Kampfverbände gestört wurden. Da die gegen den rechten Terror gerichteten Anträge und Interpellationen der SPD-Fraktion keinerlei Abhilfe brachten, sah sich die Partei schon Ende 1922 gezwungen, einen eigenen Selbstschutzverband (die „Auergarde“) ins Leben zu rufen. Dieser ging wenig später im „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“, dieses wiederum in der „Eisernen Front“ auf.

Einen ersten Höhepunkt erreichten die Konflikte mit den Nationalsozialisten im Frühjahr 1923, als die NSDAP die Maifeiern der Münchner Arbeiterbewegung verhindern wollte und offen mit Gewaltaktionen drohte. Im selben Jahr kam es am 8. und 9. November im Rahmen des Hitlerputsches erneut zu massiven Übergriffen. Das Vorhaben der nationalsozialistischen Putschisten, von München aus die Reichsregierung zu stürzen, misslang zwar – die Landespolizei stoppte deren Marsch zur Feldherrnhalle, wobei 4 Polizeibeamte, ein Passant und 15 Aufführer den Tod fanden. In den Putschtagen wurden jedoch sozialdemokratische Parteifunktionäre als Geiseln genommen und das Verlagsgebäude der „Münchener Post“ von Hitleranhängern gestürmt und verwüstet.

Proklamation

an das deutsche Volk!

Die Regierung der Novemberverbrecher in Berlin ist heute für abgesetzt erklärt worden.

Eine

provisorische deutsche Nationalregierung ist gebildet worden, diese besteht aus

Gen. Ludendorff
Ad. Hifler, Gen. v. Lossow
Obst. v. Seisser

Hitlerputsch im November 1923

Der Untersuchungsausschuss zum Hitlerputsch



Wilhelm Hoegner (1928)

Mit Datum vom 3. Juni 1924 stellte die SPD-Fraktion den Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Dieser sollte die Krawalle vom 1. Mai 1923 in München sowie die Vorgänge rund um den Hitlerputsch unter die Lupe nehmen. In diesem Zusammenhang verdiente sich ein junger Landtagsabgeordneter seine ersten Sporen: der spätere Bayerische Ministerpräsident Wilhelm Hoegner. Mit ihm, der selbst als Staatsanwalt beziehungsweise Amtsrichter tätig war, hatte die SPD-Fraktion einen Spezialisten für Justizfragen gewonnen. Aber auch zu Fragen der völkischen Bewegung meldete sich Hoegner im Landtag wiederholt zu Wort. Er war es auch, von dem

die Anregung zur Einsetzung des Untersuchungsausschusses ausgegangen war. Das damit verbundene Anliegen beschrieb Hoegner am 31. Juli 1924 im Landtag folgendermaßen:

„Es handelt sich für uns in der Hauptsache darum, folgendes festzustellen: Wie war es möglich, daß die berühmte ‚Ordnungszelle‘ Bayern nach den Worten des gegenwärtigen Herrn Ministerpräsidenten vom Februar 1924 zu einer ‚Unordnungszelle ersten Ranges‘ geworden ist? Das aufzuklären, daran hat auch die gesamte bayerische Öffentlichkeit, hat das bayerische Volk ein dringendes Interesse. Wir verlangen ferner, daß die gesamte Regierungstätigkeit des vermeintlichen Retters Bayerns, des Herrn von Kahr, einer genauen Nachprüfung unterzogen wird. Wir wollen nicht den ganzen Hitlerprozeß wieder aufnehmen, wir wollen lediglich die politischen Vorgänge, die im Hitlerprozeß nicht aufgedeckt worden sind, klarstellen lassen.“



Die Angeklagten im Hitlerprozess (von links): Heinz Pernet, Christian Weber, Wilhelm Frick, Hermann Kriebel, Erich Ludendorff, Adolf Hitler, Wilhelm Brückner, Ernst Röhm, Adolf Wagner

Der beantragte Ausschuss wurde im Juli 1924 vom Landtag gebilligt, Ende April 1928 legte er dem Plenum seine Ergebnisse vor. Schon in den Monaten zuvor war die Arbeit des Ausschusses auf starkes öffentliches Interesse gestoßen. Besondere Aufmerksamkeit galt dabei der Frage, weshalb die Justiz nicht schon nach den Unruhen im Frühjahr 1923 gegen die Nationalsozialisten durchgegriffen hatte. Was den Hitlerputsch anging, so wollte die Öffentlichkeit vor allem wissen, ob und inwieweit die bayerische Staatsführung und die staatliche Verwaltung in das Geschehen verstrickt waren.

Gemessen an der Erwartungshaltung waren die konkreten Untersuchungsergebnisse allerdings dürftig. Hoegner warf daraufhin den übrigen Ausschussmitgliedern im Landtag vor, sich mit der Feststellung dessen begnügt zu haben, was nicht gewesen sei, weil die Wahrheit der Mehrheit nicht in den Kram gepasst habe. Für ihn war das Versagen der bayerischen Behörden und der bayerischen Justiz offenkundig. Sein wesentlich schärfer formuliertes Sondervotum kam im Landtag jedoch nicht zur Abstimmung. Hoegners Erkenntnisse wurden lediglich in der zweiteiligen Druckschrift „Hitler und Kahr. Die bayerischen Napoleonsgrößen“ publik gemacht.

August 1930: Die BVP verweigert ein Bündnis mit der SPD

Ab dem Jahr 1924 kam der SPD die allmähliche Stabilisierung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse zugute. Dies schlug sich beispielsweise bei den Landtagswahlen 1928 in einem Stimmenanteil von respektablem 24,2 Prozent nieder. Damit kehrten auch der alte Optimismus und die Hoffnung auf eine Ablösung der scheinbar unanfechtbaren Regierungskoalition aus BVP, DNVP und Bauernbund zurück.

Im August 1930 kam die Regierung Held dann tatsächlich zu Fall. Sie stürzte über einen aus heutiger Sicht marginalen Gegenstand, nämlich die Einführung einer Schlachtsteuer. Der Bauernbund verweigerte sich dem Vorhaben und verließ die Regierungskoalition, was wenig später deren Rücktritt zur Folge hatte. Erstmals seit 1920 bot sich der SPD als der

zweitstärksten Partei im Landtag nun die Möglichkeit einer Rückkehr in die Regierungsverantwortung. Sie nahm den Auftrag des Landtagspräsidenten zur Regierungsbildung an, obwohl ein Kabinett ohne Beteiligung der BVP kaum vorstellbar war. Diese war aber zu einer Zusammenarbeit nicht bereit. Die Bemühungen der SPD liefen denn auch ins Leere und das Kabinett Held blieb geschäftsführend im Amt. Helds Minderheitsregierung war allerdings auf die Tolerierung durch den Bauernbund und die Sozialdemokratie angewiesen. Tatsächlich trug die SPD, deren größte Sorge dem Fortbestand der demokratischen Grundordnung galt, in den folgenden Jahren wiederholt dazu bei, den Staatshaushalt und wichtige Gesetzesvorhaben der Regierung durch den Landtag zu bringen.

Ihr Verhalten führte dazu, dass die Spekulationen über ein Bündnis aus BVP, SPD und Bauernbund nicht mehr verstummen wollten. Einer solchen Zusammenarbeit stand freilich der ausgeprägte Antisozialismus im Wege, der auf Seiten der Bayerischen Volkspartei intensiv gepflegt wurde. Die SPD ihrerseits sah keinen Ansatzpunkt mehr, um selbst die Initiative zu ergreifen. Da sie

Regierungsbildung durch SPD scheitert

Neuerliche Spekulationen über ein Bündnis mit der BVP



Wahlplakat aus dem Jahr 1924

gleichzeitig an besagter Tolerierung festhielt, machte sie sich mehr und mehr zum Erfüllungsgehilfen der Christlich-Konservativen.

Landtagswahl 1932:
katastrophales Wahl-
ergebnis für die SPD

Dieser geschilderte Umstand war sicher einer der Gründe für den katastrophalen Ausgang der Landtagswahl von 1932: Mit nur 15,4 Prozent der Stimmen fuhr die SPD das schlechteste Ergebnis der Weimarer Jahre ein. Sie verlor den Status als zweitstärkste politische Kraft im Landtag und damit das Recht auf den Posten des ersten Vizepräsidenten. Erhard Auer, der diese Funktion seit 1920 ohne Unterbrechung innegehabt hatte, musste sich nun mit dem Amt des zweiten Stellvertreters zufrieden geben.

Weiterhin keine
mehrheitsfähige
Regierung im Landtag

Obwohl ein Zusammengehen von BVP und SPD angesichts des erstarkenden Nationalsozialismus auch zu diesem Zeitpunkt noch eine realistische politische Alternative gewesen wäre, verweigerte die BVP trotz des Drängens der SPD die Bildung einer mehrheitsfähigen Regierung. Heinrich Held setzte seine Minderheitsregierung ungerührt fort und konnte sich dennoch der Unterstützung durch die SPD bis zuletzt sicher sein: Die Sozialdemokratie betrachtete nämlich einen Verfassungskonflikt oder gar ein Eingreifen der Reichsregierung letztlich als das größere Übel.

Fazit: das Dilemma der bayerischen Sozialdemokratie

Die Revolution des Jahres 1918 führte die bayerische Sozialdemokratie erstmals in die Regierungsverantwortung. Dies verlieh der Arbeit von MSPD und USPD im Provisorischen Nationalrat und im neu ge-

wählten Landtag zunächst einen kooperativen Anstrich. Im Konsens mit den Regierungen Eisner und Hoffmann beteiligten sich beide sozialdemokratische Fraktionen an der Ausgestaltung des Freistaates Bayern als demokratisches Gemeinwesen. Die Verdienste um die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung, der Verzicht auf eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel und die Orientierung an der parlamentarischen Demokratie trugen dabei vor allem der MSPD große Sympathien ein. Das Resultat war ein beeindruckender Wahlerfolg, der sie knapp hinter der Bayerischen Volkspartei zur zweitstärksten politischen Kraft in Bayern machte. Nach dem Rücktritt von Johannes Hoffmann im März 1920 gelang es der MSPD-Fraktion jedoch nicht mehr, diese Stärke auch in politischen Einfluss umzumünzen. Dieses Unvermögen hatte nicht allein mit der abnehmenden Zustimmung in der Bevölkerung zu tun. Hinzu kam, dass sich die Bayerische Volkspartei, damals der einzige denkbare Koalitionspartner im Kreis der demokratischen Parteien, einer Zusammenarbeit bis zuletzt verweigerte.

Die bayerische Sozialdemokratie war aber nicht ganz unverschuldet in diese Zwangslage geraten. So war es MSPD und USPD nach dem Ende des Ersten Weltkrieges zunächst nicht gelungen, die unproduktive Spaltung der Arbeiterbewegung zu überwinden. Dieses Manko war auch durch die Wiedervereinigung im Jahr 1922 nicht mehr zu beheben, da zum einen mit dem Einzug der KPD in den Landtag auf der äußersten Linken eine neue Konkurrenz entstanden war und zum anderen bürgerliche Wähler durch die anti-sozialistische Propaganda der Rechtsparteien abgeschreckt wurden. Doch trugen auch das Scheitern der

Regierung Hoffmann beim Kampf gegen die Münchner Rätebewegung und der kampflose Rückzug der SPD aus der Regierungsverantwortung mit dazu bei, die bayerische Sozialdemokratie zu schwächen.

Nach der Rückkehr in die Opposition war die Landtagsarbeit der SPD in Bayern vor allem darauf gerichtet, die zuvor erkämpften Errungenschaften zu verteidigen. Hierzu gehörte in besonderer Weise der Kampf gegen die von ganz links wie von rechts ausgehenden Versuche, die demokratische Verfassung wieder zu beseitigen. Keine andere Partei stemmte sich im Parlament mit vergleichbarem Nachdruck gegen das Anwachsen der völkischen Bewegung. Die Kritik der SPD-Fraktion beschränkte sich dabei keineswegs auf den ideologischen Gegner, sondern richtete sich auch gegen die Untätigkeit von Staatsregierung, Justiz und Polizei. Doch ohne eine enge Zusammenarbeit mit den Parteien der bürgerlichen Mitte war der Nationalsozialismus auch von Seiten der Sozialdemokratie nicht zu verhindern. Gleichwohl rief noch Anfang Februar 1933 Hans Unterleitner auf der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins München mit glühenden Worten zum Kampf auf:

„Die bevorstehende Reichstagswahl ist eine Entscheidungsschlacht in des Wortes vollster Bedeutung. Es geht um die elementarsten Rechte des Volkes, um die Existenz der fortschrittlichen und sozial denkenden Arbeiterschichten. Die Sozialdemokratie steht in diesem Kampf in vorderster Front und wird ihn auf dem Boden des Gesetzes zu führen wissen. Es darf keine Täuschung geben. Diese Wahlen werden zu Terrorwahlen werden! Mit dem Opfermut, der die vorangegangene Generation

während des Sozialistengesetzes beseelte, wollen auch wir diesen Kampf bestehen. Es ist ein Stück des gewaltigen geschichtlichen Ringens um die Freiheit des deutschen Volkes.“

Letztlich scheiterte die Republik auch an der Unfähigkeit der demokratischen Parteien zu Kompromiss und Konsensfindung.



Republikaner kämpfen um die Demokratie: Wahlplakat zur Reichstagswahl von 1928